

*Journalistenfrage: Medienberichten zufolge wurde die Schlepperbande, derentwegen in Österreich 71 Flüchtlinge in einem Kühllastwagen den Tod fanden, abgehört, die Gespräche wurden jedoch nicht rechtzeitig übersetzt, um dies zu verhindern. Herr Minister, können Sie bestätigen, dass die Gespräche abgehört wurden, kam es zu fachlichen Fehlern und gibt es oder wird es dazu eine Untersuchung geben?*

János Lázár: Die öffentlich-rechtlichen Medien in Deutschland rücken Ungarn, ich weiß nicht, auf wessen Rat oder Bitten, und ich hoffe, nicht auf Geheiß der ungarischen oder der deutschen Regierung, in ein möglichst negatives Licht. Wer sich diese Nachrichten ansieht, sieht ganz klar, die Botschaft lautet: die Ungarn. Die Ungarn hier, die Ungarn da, die Ungarn haben dies getan, die Ungarn haben das getan; im deutschen öffentlich-rechtlichen Radio und Fernsehen läuft eine Schmutzkampagne gegen Ungarn, weil Ungarn keine illegalen Einwanderer von Deutschland übernehmen will oder nicht akzeptieren will, dass Deutschland Einwanderer verteilen will, die es selbst nicht haben will. Wir stehen permanent unter Druck, nicht nur seitens der deutschen Regierung oder der Europäischen Kommission, sondern auch seitens der deutschen Medien, die eine knallharte Kampagne gegen Ungarn fahren.

Das ist auch in den deutsch-ungarischen Beziehungen ein ernsthaftes Problem und es ist ganz offensichtlich angebracht, das nach den Wahlen in Deutschland zu besprechen und zu klären. Es ist nicht mehr nur an Deutschland, Ungarn zu bewerten, denn die Welt hat sich in den letzten 70, 80 Jahren verändert, auch Ungarn steht eine Meinung zu. Ich halte es für unbillig, dass die deutschen öffentlich-rechtlichen Medien eine Schmutzkampagne fahren, aktuell gegen die ungarische Polizei, die an der ungarischen Grenze permanent kompromisslos ihren Aufgaben nachkommt. Eine halbe Million illegale Einwanderer aufzuhalten war die Aufgabe. Dafür schützten täglich 7.000 Polizisten, 7.000 Soldaten die deutschen Wähler an der ungarisch-serbischen Grenze, denn wer hier reinkommt, macht frühestens in Deutschland Halt, das haben wir 2015 gelernt.

Die öffentlich-rechtlichen Medien in Deutschland täten besser daran, darüber zu berichten oder *auch* darüber zu berichten, dass Deutschland noch viel mehr Einwanderer hätte, wenn Ungarn den Zaun nicht hochgezogen und nicht entsprechende Rechtsvorschriften zum Grenzschutz erlassen hätte. Aber nicht das passiert, vielmehr werden in einem konkreten Fall schwere Vorwürfe gegen die ungarische Polizei erhoben. Justizminister Pintér hat heute vor der Ungarischen Nachrichtenagentur MTI eine Erklärung abgegeben, die war klar und eindeutig: Wir möchten die Anschuldigungen auf das entschiedenste zurückweisen. Zunächst einmal wären die Täter, unabhängig davon, was im Verfahren um die Straftat geschehen ist, ohne die ungarische Polizei nie gefasst worden. Der ungarischen Polizei ist zu verdanken, dass die Täter von der ungarischen Polizei gefasst wurden.

Es stimmt, die ungarische Polizei hört Gespräche ab, ungeachtet dessen werden in Ungarn, Österreich, Deutschland und überall in Europa 99 % der abgehörten Telefonate nicht in Echtzeit ausgewertet. Das heißt, die Gespräche werden aufgezeichnet, aber die Auswertung der Gespräche, die Analyse der Aufzeichnungen und die ermittlungstechnische Auswertung geschehen nicht in demselben Augenblick. Das ist in Deutschland und Österreich nicht anders. Auch die österreichische und die deutsche Polizei zeichnen Gespräche auf, die dann in Abhängigkeit vom Arbeitspensum, den Kapazitäten und den Möglichkeiten ausgewertet werden. Nur erfolgt die Auswertung und Risikoanalyse der Gespräche oder die Aufzeichnung ihres Inhalts nicht zeitgleich mit dem Gespräch. Zudem wurde im vorliegenden Fall eine Sprache gesprochen, auf die die Polizei im gegebenen Moment keinen Zugriff hatte, das will ich nicht verheimlichen. Dazu kommt, dass die Polizei zu der Zeit bekanntlich einer extremen Arbeitsbelastung ausgesetzt war, bedingt durch die Schließung der Balkanroute und die Grenzsicherung. Diesen Angriff der deutschen öffentlich-rechtlichen Medien hält die ungarische Regierung für unwürdig und ungerecht.

*Nachfrage des Journalisten: Es liegt also kein fachlicher Fehler vor?*

János Lázár: Meiner Ansicht nach gab es keinen fachlichen Fehler, denn Abhörungen in Echtzeit gibt es nicht.